

Nach der Einleitung der Verwaltung zum Tagesordnungspunkt beantragt die UWG-Fraktion, wie zuvor im Fachausschuss beraten und abgelehnt, statt der Erhöhung der Gebühren für die Nutzung der Sauna, die Sauna zum Ende des Jahres 2023 zu schließen. Dies begründet sie mit den hohen Kosten zum Betrieb der Sauna. Aus ihrer Sicht besteht keine weitere Diskussionsgrundlage und keine Möglichkeit, dass sich in den Beratungen in der Arbeitsgruppe (AG) „Haushaltskonsolidierung“ eine Lösung oder ein Kompromiss finden lassen könnte.

SPD und FDP sprechen sich für die Schließung der Sauna aus.

Die CDU- und BfM-Fraktion halten zunächst an dem im Ausschuss für Schule, Sport und Kultur beschlossenen Kompromiss, das Thema in die AG zu verweisen fest, damit diese nochmal alle Fakten aufschlüsselt und ausgiebig beraten kann. Auch die Verwaltung empfiehlt, an diesem Beschluss festzuhalten und das Votum des Fachausschusses nicht zu konterkarieren.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung zur Abstimmung unter den Fraktionsvorsitzenden.

Schließlich wird nach der Eröffnung der Sitzung durch die SPD-Fraktion geheime Abstimmung beantragt, die nach der Aussage der BfM, dass sie aufgrund fehlender Perspektiven nun doch dem Antrag der UWG folge möchte, zurückgezogen wird.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass er den willkürlichen Umgang mit den Geschäftsordnungsanträgen nicht gutheißt.

Nach einer weiteren durch die CDU-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung, erläutert diese, dass sie auch der Auffassung ist, dass das derzeit bestehende Defizit beim Betrieb der Sauna zu hoch ist und dass eine Lösung hätte gefunden werden müssen. Diese Möglichkeit hätte sie weiterhin durch die Beratung der AG gesehen und erklärt, dass sie dem Antrag nicht zustimmen wird.

Als weitergehender Beschluss wird der Antrag der UWG-Fraktion vor der Beschlussempfehlung des Ausschusses zur Abstimmung gebracht und beschlossen.